# Editorial

Autor(en): **P.F. / W.S. / U.S.**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **22 (2002)**

Heft 43

PDF erstellt am: **06.06.2024**

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# Editorial

Noch vor vier Jahren, auf dem Höhepunkt der Wahlerfolge der grossen linken Parteien in Europa, schien der erfolgversprechendste Weg die konsequente „Modernisierung" von Partei, Programm und Wählerbasis zu sein. Wenn sozialdemokratische Parteien oder links-alternative Koalitionen Regierungsmacht erlangten (und dies war, wie in diesem Heft nachzulesen ist, im Jahre 1998 in 13 von 15 EU-Staaten der Fall!), suchten sie meist die pragmatische „Öffnung" hin zur politischen Mitte. Es folgte regelmässig der Abschied von der keynesianischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, vom intakten und für alle zugänglichen Service public, von den Interessen der Lohnabhängigen. Auch in der Schweiz entdeckten Exponentinnen und Exponenten der Sozialdemokratie die besser verdienenden und qualifizierten Schichten, beklagten die „Überregulierung" von Wirtschaft und Arbeitsmarkt, wirkten bei Privatisierungen mit und nahmen Einschnitte in den Staatsausgaben vor. Diese Modernisierung führte dazu, dass die Abgrenzung der Mitte-Links-Politik gegenüber den Programmen der bürgerlichen Kontrahenten verwischte, so die Analyse zur Niederlage des Parti Socialiste in Frankreich.

Ebenso deutlich manifestierte sich der „pragmatische" Kurs in der Aussenpolitik. Sozialdemokratische Exekutivmitglieder machten sich in offizieller Mission für verschärfte Asylregelungen, für Strukturanpassungsprogramme in Drittweltländern stark; gleichzeitig propagierten sie monetäre Stabilität und korporatistische Bündnisse auf nationaler und EU-Ebene als letzte Chance, um im globalen Standortwettbewerb zu überleben. Am 11. September 2001 kam dann mit den Terror-Anschlägen auf die USA ein äusserer Anlass hinzu, westlich-liberale Gesinnung und transatlantische Bündnistreue im Krieg gegen den Internationalen Terrorismus unter Beweis zu stellen, was die Regierungen Blair und Schröder in ihrer Ankündigung „uneingeschränkter Solidarität" mit der Supermacht USA denn auch umgehend taten.

Heute, nach dem Scheitern der Mitte-Links-Projekte in zahlreichen europäischen Staaten, macht die Fixierung auf die „Neue Mitte" einer ernüchternden Bilanz Platz. Die rotgrüne deutsche Regierung konnte gerade noch rechtzeitig vor den Wahlen ihre Einbindung in die US-Machtpolitik und Kriegsmaschinerie lockern. Die Distanzierung von den US-Kriegsplänen gegen den Irak und andere „Schurkenstaaten" erfolgte aber zu einem sehr späten Zeitpunkt, als längst offensichtlich war, dass die Bush-Regierung eine aggressive Eskalationspolitik verfolgt und ihr „Recht" auf präventive Erstschläge gegen jegliches Völkerrecht durchsetzen würde, was sie in ihrer neuen „Nationalen Sicherheitsstrategie" (Sept. 2002) festschrieb. In der aktuellen Wirtschaftslage hat sich nun der politische Handlungsspielraum für sozialdemokratischen Pragmatismus deutlich verengt, wie die Suche nach Rezepten zur Senkung der Arbeitslosigkeit in Deutschland zeigt; dies

gilt ebenso für andere noch sozialdemokratisch regierte Länder, beispielsweise für Grossbritannien, wo New Labour unter den Druck sozialpolitischer und gewerkschaftlicher Oppositionskräfte geraten ist.

In dieser Situation gewinnt die Suche nach linken Alternativen und nach Positionen, die sich nicht mehr in das Geschäft der Neoliberalen und der neoimperialen Machtpolitik einspannen lassen, an Plausibilität und Dringlichkeit. In diesem Heft werden zentrale Konzepte der Kapitalismuskritik wie z.B. jenes einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie bilanziert und aktualisiert. Die kritische Reflexion des Klassenkonzepts und die Analyse der Arbeit im Zeitalter hochtechnisierter kapitalistischer Produktionsweise eröffnen höchst aktuelle Einsichten in Diskussionsstränge, von denen sich nicht nur die Macher der „Neuen Mitte", sondern ebenso die Theorien der Individualisierung, des Postindustrialismus und der „Wissensgesellschaft" längst verabschiedet hatten. Diskutiert werden neue Ansätze zur Globalisierungskritik und zur emanzipativen Konzeption von Macht wie auch die Perspektiven der aktuellen globalisierungskritischen Mobilisierungen und Kampagnen.

8. November 2002 P.F. / W.S. / U.S.